

**Tagesordnungspunkt 1: Antrag der Bundesregierung:
Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen
Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF)
unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen,
zuletzt Resolution 1833 (2008) vom 22. September 2008 des Sicherheitsrates der Vereinten
Nationen (Drucksache 16/10473)
7. Oktober 2008**

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 181. Sitzung, Berlin, Dienstag, den 7. Oktober 2008

19315

Birgit Homburger

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der LINKEN)

Wir haben hier und heute viel über den Aufbau gehört. Wir haben gehört, dass der Aufbau Fortschritte macht. Gleichzeitig verschlechtert sich allerdings die Sicherheitslage. Die Gespräche, die ich im Rahmen eines Delegationsbesuchs in der vergangenen Woche in Afghanistan führen konnte, bestärken mich in dem Eindruck, dass der Fortschritt für die Verschärfung der Sicherheitslage ursächlich ist. Die Taliban, die Aufständischen werden dadurch, dass sich die Situation verbessert, geradezu herausgefordert, Widerstand zu leisten. Deswegen steigt die Bedrohung für Polizisten, Entwicklungshelfer, Landarbeiter oder auch Lehrer.

Es gibt aber auch ermutigende Zeichen der Zivilcourage. Ein Beispiel aus der letzten Woche: Im Süden Afghanistans ist eine Schule mit internationaler Hilfe aufgebaut worden. Als die Taliban kamen und diese Schule mit Bulldozern niedermachen wollten, hat sich die Bevölkerung dazwischengestellt und gesagt: Nein, wir wollen, dass diese Schule betrieben wird. – Das zeigt: Die Menschen wollen den Fortschritt. Wir sollten sie dabei unterstützen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Der Erfolg in Afghanistan ist nicht allein mit immer mehr Militär zu erreichen; aber die militärische Absicherung ist notwendig. Keine Krankenschwester, kein Lehrer, kein Entwicklungshelfer kann auf Dauer ohne sicheres Umfeld arbeiten. Darum brauchen wir die militärische Absicherung nach wie vor. Es gibt viele Beispiele. So wurde zum Beispiel versucht, Straßen zu blockieren. Erst nachdem das Militär die Straßen von den Aufständischen freigeräumt hatte, konnte UNAMA mit dem Wiederaufbau weitermachen. Genau diesen Weg müssen wir weitergehen. Dafür brauchen wir schlicht und ergreifend auch das Militär.

Frau Kollegin Knoche, ich komme jetzt einmal auf Sie zu sprechen. Sie haben gesagt, dass Zivilpersonen ums Leben gekommen sind. Das ist in der Tat richtig und bedauerlich. Wir alle haben hier mehrfach deutlich gemacht, dass alles getan werden muss, um Schäden an der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Sie aber haben suggeriert, das Militär habe das verursacht. Das stimmt natürlich in keiner Weise. Es sind deutlich mehr Zivilisten durch Selbstmordattentate und Anschläge ums Leben gekommen. Das Militär bedroht die Zivilbevölkerung nicht. Wir alle haben heute ein Schreiben der Gesellschaft für bedrohte Völker erhalten. Ich zitiere:

Nun auf halbem Wege die Mission abubrechen, ist keine glaubwürdige Alternative, da ohne die Schutztruppe die Sicherheit der Zivilbevölkerung nicht gewährleistet ist.

Dem schließe ich mich an.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU und der SPD)

Der Ansatz der vernetzten Sicherheit – diesbezüglich formulieren wir eine deutliche Bitte an die Bundesregie-

– ist richtig. Wir haben dieses Thema mehrfach hier besprochen und beschlossen, den Wiederaufbau in den Mittelpunkt zu stellen. Nur, mehr Geld allein reicht nicht. Es mangelt auch nicht an Papieren, sondern, meine Damen und Herren von der Regierung, an der Umsetzung. Beim PAT in Taloqan haben wir folgende Situation: Die Bundeswehr ist vor Ort. Es handelt sich um eine Region, die dringend der Unterstützung beim Wiederaufbau bedarf. Wir haben dieser Region Unterstützung zugesagt. Den ganzen Sommer über aber war die zuständige Stelle vom BMZ, vom Entwicklungshilfeministerium, nicht besetzt. Wir haben wertvolle Zeit verloren, die wir dringend für die Durchführung ziviler Maßnahmen gebraucht hätten. Solche Fehler bei der Koordination dürfen der Bundesregierung nicht passieren. Sie müssen zukünftig vermieden werden.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Winfried
Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist wichtig, dass wir die Zeit, die wir haben – sie läuft uns ein Stück weit davon –, nutzen, um für selbsttragende Sicherheit zu sorgen. Deswegen sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Herr Minister, Sie haben vorher gesagt, dass die Bundesregierung beschlossen hat, die Zahl der Polizisten zu erhöhen. Wir stehen diesbezüglich voll auf Ihrer Seite. Ich möchte aber auch deutlich machen: 60 deutsche Polizisten wurden zugesagt, im Augenblick sind aber nur 33 vor Ort. Hinzu kommt, dass die meisten dieser Polizisten nicht mit der dringend erforderlichen Polizeiausbildung beschäftigt sind. Sie sind im Bereich der strategischen Beratung mit der Ausarbeitung von Papieren beschäftigt. Das ist eine Fehlallokation von Ressourcen. Sie haben gesagt, dass Sie erkannt haben, dass an dieser Stelle gehandelt werden muss. Wir möchten Sie bitten, diesen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Ändern Sie die Struktur der Hilfe beim Polizeiaufbau! Das ist dringend notwendig, damit wir Sicherheit in Afghanistan ermöglichen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, angesichts dieser Debatte fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger: Warum sind so viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan? Bei all dem, was hier vorgetragen wird, darf meines Erachtens nicht aus dem Blickfeld geraten, dass die Anschläge des 11. September 2001 in New York von Afghanistan ausgegangen sind und dass wir in Afghanistan fast 30 Millionen Menschen von der Terrorherrschaft der Taliban befreit haben, aber auch, dass wir heute eine internationale Bedrohungslage haben und es deshalb wesentlich klüger ist, die Gefahren an der Quelle zu beseiti-

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) gen, dort, wo sie entstehen, bevor sie in wesentlich größerer Dimension unser eigenes Land erreichen. Deshalb ist der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten zur Stabilisierung in Afghanistan auch ein Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich denke, dass unsere Strategie der vernetzten Sicherheit oder, wie wir es jetzt in der NATO durchgesetzt haben, des Comprehensive Approach, des umfassenden Ansatzes, richtig ist. Ohne Sicherheit keine Entwicklung, aber ohne Entwicklung auch keine Sicherheit! Wir müssen die Herzen und die Köpfe der Menschen dort gewinnen. Das gelingt uns mit unserer Strategie. Ich war gerade in Afghanistan. Wenn Sie beispielsweise von Kunduz nach Faizabad fliegen und die Menschen Ihnen zuwinken und sich freuen, dass die Bundeswehr dort im Einsatz ist, wenn Sie mit dem Gouverneur sprechen, Frau Knoche, der Ihnen sagt, dass 90 Prozent der Bevölkerung für den Einsatz der Bundeswehr dankbar sind, dann wird deutlich, dass diese Strategie richtig ist.

Frau Knoche, Sie haben hier versucht, den tragischen Zwischenfall am Kontrollpunkt politisch zu instrumentalisieren. Der Gouverneur hat mir gesagt: Schuld war der Fahrer, der mit hoher Geschwindigkeit auf die Gruppe zugefahren ist. Hier musste die Schutzfunktion vonseiten unserer Soldaten ausgeübt werden. Ich weise Ihre Unterstellung mit Nachdruck zurück und unterstütze unsere Soldaten in diesem schwierigen Einsatz für unsere Sicherheit.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich denke, unser Einsatz kann sich sehen lassen. Aber unser Ziel – das war ein Punkt, den wir auf dem Gipfel in Bukarest beschlossen haben – ist eine Gesamtstrategie; ich habe es Erfolgsstrategie genannt. Das heißt im Klartext: Wir brauchen ausgebildete afghanische Streitkräfte und Polizisten. Deshalb ist unsere Absicht, die Ausbildung zu verstärken. Wir wollen im nächsten Jahr 7 500 afghanische Streitkräfte ausbilden. Wir werden unseren Einsatz für die Ausbildung der Polizei verdoppeln, weil es letztlich darum geht, Afghanistan in die Lage zu versetzen, selbst für seine Sicherheit zu sorgen, und damit auch eine Erfolgsstrategie, eine Gesamtstrategie für Afghanistan umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie mich hinzufügen: Wir haben, denke ich, schon viele Erfolge erreicht. Wir haben allein im Norden Afghanistans 830 Projekte umgesetzt, die Infrastruktur, Energie, Wasserversorgung, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser umfassen. Ich war jetzt in der Aman-Oberschule. Dort können Sie sehen, wie Schülerinnen und Schüler fröhlich zusammen lernen; sie haben eine Zukunftsperspektive. Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, Frau Knoche, dass unter den Taliban Mädchen überhaupt nicht in die Schule durften.

(Monika Knoche [DIE LINKE]: Wer hat die Taliban in die Regierung gebracht?)

(C)

1 Million Kinder war damals in den Schulen; jetzt sind fast 7 Millionen Kinder in den Schulen. Wir haben 80 Prozent der Gesundheitsversorgung sichergestellt. 5 Millionen Flüchtlinge sind nach Afghanistan zurückgekehrt. In einer Umfrage haben die Menschen bestätigt, dass sie sich auch und gerade durch unseren Einsatz wieder sicherer fühlen. Man darf die Erfolge, die durch unseren Einsatz zur Stabilisierung in Afghanistan erreicht worden sind, nicht verschweigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, unsere Soldatinnen und Soldaten absolvieren dort einen riskanten Einsatz, verbunden mit Gefahren für Leib und Leben. Wir haben in diesem Einsatz bereits 28 Soldaten verloren. Ich denke, es ist wichtig, immer wieder darzustellen, vor welchen Herausforderungen die Bundeswehr dort steht. Meines Erachtens kann uns der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten mit Dankbarkeit erfüllen. Sie sind dort in einer Art und Weise engagiert, dass der Ansatz der vernetzten Sicherheit umgesetzt und das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gemehrt wird. Ich bin unseren Soldatinnen und Soldaten dankbar für ihren Einsatz, den sie im Interesse unserer Sicherheit leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Herr Lafontaine, weil Sie gerade hier sind, spreche ich Sie sehr konkret an. In den Gesprächen mit den Soldaten spüre ich immer wieder, dass sie es geradezu als eine Unverschämtheit empfinden, wenn Sie unsere Soldatinnen und Soldaten in die Ecke von terroristischen Aktivitäten rücken. Dies ist eine Beleidigung unserer Soldaten und hat meines Erachtens mit der Realität nichts zu tun.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wegen der mit dem Einsatz verbundenen Gefahren ist es notwendig, dass wir alle Voraussetzungen schaffen, damit unsere Soldaten ihren Auftrag dort gut erfüllen können. Wir haben mittlerweile über 700 geschützte Fahrzeuge in Afghanistan, mehr als alle anderen Nationen dort. Wir haben die Aufklärung verstärkt. Wir haben zusätzliche Verstärkungstruppen dorthin geschickt, weil wir aufgrund der Verschärfung der Sicherheitslage, die unbestritten eingetreten ist, mehr Flexibilität brauchen. Deshalb wollen wir auch die Mandatsobergrenze um 1 000 erhöhen, allerdings nicht, um sofort 1 000 Soldaten mehr dorthin zu schicken, sondern um flexibler zu sein, um in der Ausbildung und für eine eventuelle Verstärkung zum Schutz unserer Soldaten mehr tun zu können. Auch die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr sollten wir im Blick behalten.

Ebenso wichtig ist es aber, dass wir die Situation in Pakistan im Blick behalten. Ich war gerade in Pakistan und habe dort sowohl mit dem Ministerpräsidenten als

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) auch dem Außenminister, dem Verteidigungsminister und dem Generalstabschef gesprochen. Meines Erachtens ist es gut und richtig, wenn wir in Kooperation mit Pakistan, Afghanistan und der NATO dafür sorgen, dass die bestehende Situation an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan sicherer wird; denn das Grenzgebiet ist ein Rückzugsgebiet für die Taliban und dient dem Nachschub von terroristischen Aktivitäten nach Afghanistan. Deshalb ist es richtig, wenn wir hier zu einer Kooperation kommen, auch im Interesse des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan; denn dieses Land darf nicht zurückfallen und wieder zum Ausbildungscamp für den Terrorismus werden. Wer heute einen Rückzug propagiert, gefährdet damit auch die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Für ihren gefährlichen Einsatz im Interesse unserer Sicherheit haben unsere Soldatinnen und Soldaten eine breite Unterstützung dieses Hohen Hauses verdient.

Haben Sie recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

- (B) Winfried Nachtwei ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist der Aufbau in Afghanistan gescheitert? Wer das behauptet, verzerrt die Wirklichkeit in Afghanistan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Diejenigen, die in Masar, in Herat, in Kundus und an anderen Stellen in Afghanistan waren, haben es erlebt: Es geht einiges voran; das ist unbestreitbar. Wer einen Sofortabzug fordert, setzt diese Fortschritte aufs Spiel und fordert de facto einen Rückfall Afghanistans in die frühen 90er-Jahre, in den Bürgerkrieg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Der Aufbau verläuft jedoch viel zu langsam. Er findet viel zu wenig in der Fläche – auf dem Land – statt, und ist auch angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums viel zu schwach. Außerdem ist er aufgrund der immer schlechteren Sicherheitslage akut gefährdet.

Im Süden und im Osten des Landes sind inzwischen einige Zehntausend Soldaten im Einsatz. Dennoch hat die Zahl der Zusammenstöße und Anschläge zugenommen; in vielen Distrikten herrscht eine Situation, die einem asymmetrischen Krieg gleicht. Im Norden und im

(C) Westen des Landes sind viel weniger Soldaten im Einsatz, nur einige Tausend. Sie haben es vor allem mit Angriffen einsickernder aufständischer Gruppen zu tun, gegen die sie sich wehren müssen. Im Rahmen von ISAF lässt man sich allerdings nicht darauf ein, auf die Aktionen der Aufständischen kriegerisch zu reagieren. Man handelt nach wie vor sehr besonnen. Das haben wir vor Ort beobachten können.

In Afghanistan sind zwei Dynamiken festzustellen: eine negative, destruktive Dynamik und eine positive, konstruktive Dynamik. Mein inzwischen leider sehr verhärteter Eindruck ist, dass die negative Dynamik zurzeit deutlich größer ist als die positive. Soll ein solch negativer Trend gestoppt und umgekehrt werden, bedarf es ganz besonderer Anstrengungen: auf afghanischer, auf internationaler und auf deutscher Seite.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was tut die Bundesregierung? Ich sage ausdrücklich: Die Verlängerung des ISAF-Mandats ist richtig und unverzichtbar. Die Aufstockung der Obergrenze des Bundeswehrrkontingents ist im Hinblick auf die Flexibilität, die Wahlen und die Ausbildungsunterstützung militärisch plausibel. Wie wir wissen, führt das Militärische allein aber nicht zum Erfolg. Daher frage ich: Was geschieht darüber hinaus? Was das **Afghanistan-Konzept der Bundesregierung** angeht, muss ich sagen: Nachjustieren reicht nicht aus. In diesem Konzept wird lediglich hier und da nachjustiert. Insgesamt setzen Sie aber Ihre halbherzige Afghanistan-Politik fort. „Halbherzigkeit“ ist übrigens ein Begriff, den die Einsatzkräfte vor Ort verwendet haben, nicht etwa ein Wortgebilde der Opposition. (D)

Wo ist nach sieben Jahren Afghanistan-Engagement eine ehrliche und ungeschönte Bestandsaufnahme? An dieser Stelle schließe ich die Fehler und Fehleinschätzungen, zu denen es unter Rot-Grün gekommen ist und die wir mitverantworten müssen, ausdrücklich ein. Wenn man in der Afghanistan-Politik Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will, dann muss man schließlich auch sagen, wo man sich selbst geirrt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wo ist der regionale Stabilisierungsansatz, in dessen Rahmen nicht nur Pakistan – davon war gerade die Rede –, sondern auch Indien, Iran und die zentralasiatischen Anrainer einbezogen werden? Wo ist die Klärung des faktischen strategischen Dissenses zwischen den verschiedenen Teilnehmerstaaten der NATO? Wo sind im Hinblick auf das deutsche Engagement die realistischen und ehrgeizigen Ziele, durch die Perspektiven für die Verantwortungsübergabe im Sicherheitsbereich und für einen Abzug in absehbarer Zeit eröffnet werden? Wo ist die Aufbauoffensive – hier spielt die Förderung der Landwirtschaft eine große Rolle –, und wo ist eine ausgewogene zivil-militärische Zusammenarbeit?

Afghanistan braucht einen langen Atem. Kai Eide und die ISAF-Generale haben betont, dass uns die Zeit wegläuft. Die meisten hier im Saal sind sich einig: Wir woll-